

Berlin geht beim Klimaschutz voran

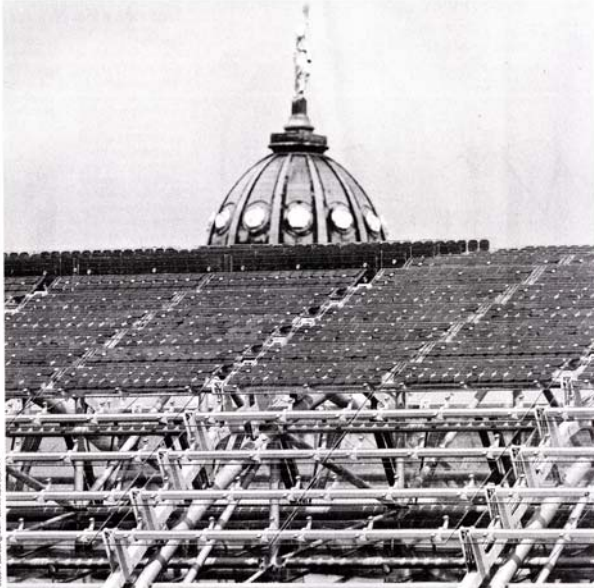
Deutschland soll Zentrum des internationalen Emissionshandels werden – G8-Präsidentschaft will Thema forcieren

ANDREAS RINKE
SVEN AFHÖPPE | BERLIN

Auch nach dem Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und dem G8-Gipfel will die Bundesregierung sich als treibende Kraft im internationalen Umweltschutz profilieren. Dazu sind in der zweiten Jahreshälfte weitere Initiativen geplant. „Im Zentrum stehen dabei Bemühungen, das EU-Emissionshandelsystem für das Treibhausgas Kohlendioxid als Plattform eines künftigen weltweiten Systems zu etablieren“, heißt es in deutschen Regierungskreisen.

Die Initiativen haben sowohl einen politischen als auch einen ökonomischen Hintergrund. Ende August wird Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) nach Kalifornien reisen, um mit dem republikanischen Gouverneur Arnold Schwarzenegger über eine Anbindung des US-Bundesstaates an das EU-CO₂-Handelsystem zu beraten. Dazwischenzeitlich wird ein landesweiter CO₂-Handel entwickelt werden. Etliche amerikanische Investitionshäuser, Großkonzerne, aber auch mehr als ein Dutzend US-Bundesstaaten drängen darauf. Im US-Kongress sind mehrere entsprechende Initiativen gestartet worden.

Wollen Deutschland und die EU aber künftig noch Chancen haben, den Emissionshandel zu prägen, müssten die neu entstehenden Systeme sowohl technisch wie regulatorisch auf europäischen Standards aufbauen, heißt es nun in Berlin. Das empfiehlt auch eine neue Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). So soll etwa die zentrale Stellung der Leipziger Energiebörse EEX erhalten bleiben, die bisher wichtigster Umschlagplatz für die Verschmutzungs-Zertifikate ist, mit denen sich Firmen für ihren CO₂-Ausstoß eindecken müssen.



Solaranlage auf dem Dach des Bundesjustizministeriums; Deutschland will eine Führungsrolle beim Klimaschutz.

Der Planungsstab des Auswärtigen Amtes hat deshalb vorgeschlagen, dass beim Sekretariat der Uno-Klimarahmenkonvention in Bonn eine Koordinierungsstelle für nationale CO₂-Systeme weltweit eingerichtet werden sollte. Eine transatlantische Kooperation wird aber

auch aus Wettbewerbsgründen angestrebt. „Auf Dauer sind EU-Unternehmen benachteiligt, wenn nur sie mit harten CO₂-Auflagen belastet werden“, räumt ein Regierungsvertreter ein.

Die Bundesregierung dringt zudem auf Änderungen der EU-Vor-

schriften. So soll das EU-Emissionshandelsystem künftig sowohl auf Länder, die das Kyoto-Klimaschutzabkommen nicht unterzeichnet haben, ausgedehnt werden können als auch auf die Ebene von Bundesstaaten etwa in den USA oder Australien. „Die EU-Kommission unterstützt

das“, heißt es in deutschen Regierungskreisen. Die EU-Kommission führt zudem Gespräche mit Norwegen und der Schweiz über eine Teilnahme am CO₂-Handel.

Innenpolitisch sieht der SPD-Politiker Steinmeier die Chance, sich mit den Themen Energie und Klimaschutz für die Bundestagswahl zu positionieren. Er bewirbt sich erstmals um ein Bundestagsmandat, wird in der SPD aber auch als möglicher Kanzlerkandidat gehandelt.

„Länder wie Russland und Amerika sind noch sehr skeptisch.“

Staatssekretär Bernd Pfaffenbach

Auch im Rahmen der verbleibenden G8-Präsidentschaft bis Ende des Jahres soll das Thema auf der Tagesordnung bleiben. „Auf dem Treffen der Uno-Umweltminister in Bali soll im Dezember ein konkreter Fahrplan für die Verhandlungen über ein Klimaabkommen für die Zeit nach 2012 erarbeitet werden“, kündigte G8-Sherpa und Wirtschaftsstaatssekretär Bernd Pfaffenbach im Handelsblatt-Interview an. „Bereits im November wollen die Amerikaner wichtige Länder zu Klimaschutzgesprächen nach Washington einladen.“ Ziel auch dieser Gespräche sei der Uno-Gipfel. „Vor Heiligendamm hätten wir befürchten müssen, dass die Amerikaner jederzeit ein Anschlussabkommen an das Kyoto-Protokoll in Frage stellen könnten. Diese Gefahr besteht jetzt nicht mehr.“

Auch Pfaffenbach sieht den Emissionshandel im Mittelpunkt der Klimaschutzanstrengungen. „Länder wie Russland und Amerika sind aber noch sehr skeptisch.“ Auch China akzeptiere keine eigenen Emissionsobergrenzen. „Es bleibt dabei, dass Europa der Kontinent ist, der beim Klimaschutz am erfolgreichsten ist.“

SIEBEN FRAGEN AN: BERND PFAFFENBACH

„Die USA akzeptieren die Uno als Forum“

Wie sieht die Agenda für die verbleibende Zeit der deutschen G8-Präsidentschaft aus?

Auf dem Treffen der Uno-Umweltminister in Bali soll im Dezember ein konkreter Fahrplan für die Verhandlungen über ein Klimaabkommen für die Zeit nach 2012 erarbeitet werden. Hierfür bilden die Beschlüsse des G8-Gipfels in Heiligendamm eine wichtige Grundlage.

Welche Rolle spielen die Amerikaner für diesen Prozess?

In Heiligendamm haben die USA den Klimaschutzprozess im Rahmen der Vereinten Nationen als das zentrale Forum für Verhandlungen über Fortschritte im Klimaschutz anerkannt. Das war der große Erfolg von Heiligendamm. Davor hätten wir befürchten müssen, dass die Amerikaner jederzeit ein Anschlussabkommen an das Kyoto-Protokoll in Frage stellen könnten. Diese Gefahr besteht jetzt nicht mehr. Im Gegenteil, bereits im November wollen die USA wichtige Länder zu Klimaschutzgesprächen nach Washington einladen. Alle Gespräche münden in der Uno-Konferenz.

Ist das G8-Thema Afrika mit dem Gipfel abgehakt?

Nein. Die Bundesregierung bereitet gerade für die zweite Jahreshälfte eine internationale Investorenkonferenz vor, bei der es darum gehen wird, internationale und natürlich auch deutsche Firmen dafür zu gewinnen, Afrika als Investitionsstandort zu nutzen. Unser Ziel ist es, die afrikanische Wirtschaft zu stärken und für mehr privates Kapital zu sorgen, das nach Afrika fließt.

Angesichts der Debatte über die Abwehr ausländischer Staatsfonds hat man den Eindruck, dass die G8-Beschlüsse gegen einen Investitions-Protektionismus bereits vergessen sind. Nein, die Beschlüsse von Heiligendamm gelten. Sie sind auch unsere Zielsetzung. Wir müssen uns kritisch anschauen, was in verschiedenen Ländern an Abschottungsmaßnahmen gegen ausländische Investitionen unternommen wird. In Deutschland haben wir nur den Schutz für den Rüstungssektor. Wir sind eines der liberalsten Länder in Bezug auf die hier geltenden Investitionsbedingungen und wollen unserem Image nicht schaden.

Wie sieht die Agenda für die verbleibende Zeit der deutschen G8-Präsidentschaft aus?

Wir nehmen die Aktivitäten von staatskontrollierten Unternehmen oder Staatsfonds sehr ernst. Wir wollen jedoch unverändert eine Politik, die das Vertrauen in den Standort Deutschland stärkt.

BERND PFAFFENBACH ist Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft



Haben Sie den in Heiligendamm angemahnten Abschluss der Doha-Runde abgehakt?

Nein. Sicher sind wir enttäuscht, dass die Konferenz in Potsdam mit den Vertretern der USA, der EU, Indiens und Brasiliens nicht erfolgreich war. Aber es gibt eine deutliche Annäherung zwischen der EU und den USA. Man war einer Einigung schon zum Greifen nah. Die Probleme liegen derzeit eindeutig bei den Schwellenländern. Sie sind nicht bereit, sich bei den nicht-landwirtschaftlichen Zöllen ausreichend zu bewegen.

Kann eine Einigung noch in der zweiten Jahreshälfte gelingen? Sie muss in der zweiten Jahreshälfte kommen. Wenn das Grundrauschen einer Einigung steht, könnte gleich nach der Sommerpause ein Ministertreffen stattfinden. Der G8-Gipfel hat den politischen Ernst gegeben, bis Jahresende ein Ergebnis anzustreben.

Die Fragen stellten Sven Afhölpe und Andreas Rinke.

Das ausführliche Interview lesen Sie unter: www.handelsblatt.com/pfaffenbach